56. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzel-Nummer 10 Pfennig.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 333

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Sonnabend, 16. Juli 1927

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Fortdauer des Wiener Generalstreiks.

Die politische Lage in Wien ungeklärt.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Prag, 16. Juli.

Der Generalstreik der Verkehrsanstalten in Oesterreich ist vollständig. Der Telegraphenverkehr mit dem Auslande ist unterbrochen. In den Grenzstationen laufen keine Eisenbahnzüge ein. Die hiesige österreichische Gesandtschaft hat aus der Grenzstation Oberhaid ein Telegramm der Fahrgäste des Nachtschnellzuges Prag—Linz erhalten, worin sie mitteilen, daß sie die Fahrt nicht fortsetzen können und die Gesandtschaft ersuchen, ihnen die Weiterreise zu ermöglichen. Das Wien—Prager Flugzeug ist heute ohne Fahrgäste in Prag eingetroffen, weil der Zutritt zum Flugplatz in Aspern amtlich gesperrt ist. Auch der Verkehr auf der elektrischen Bahn Wien—Preßburg ist unterbrochen.

Wie die „Bohemia" heute früh aus Preßburg erfährt, haben Gewährsmänner, die heute und gestern in Preßburg eingetroffen sind, sich über die Situation in Wien folgendermaßen geäußert: In Wien hat während der letzten Nacht Ruhe geherrscht. Es sind keinerlei Störungen vorgekommen. Die Demonstranten sind abends nach Hause gegangen, und es ist auch keinerlei Gehorsamsverweigerung des Militärs vorgekommen, das man allerdings nur hat aufmarschieren, aber nirgends in Tätigkeit treten lassen. Die Regierung ist nicht zurückgetreten und scheint das Heft wieder in der Hand zu haben. Der Ministerrat tagt seit gestern abend in Permanenz und ist heute früh wieder zusammengetreten. Der Nationalrat ist noch nicht einberufen, wohl aber verhandelt Bundeskanzler Seipel mit den sozialdemokratischen Führern Bauer und Deutsch wegen Einberufung des Nationalrates, dem ein Bericht über die Vorgänge erstattet werden soll. Der Wiener Nachtzug, der heute früh in Prag eintraf, hat Wiener Wagen mitgeführt. Bemerkenswert ist, daß der Republikanische Schutzbund sich gegen die Regierung zu stellen scheint. Mitglieder des Schutzbundes halten an der Peripherie der Stadt und auf dem Lande Automobile und Fuhrwerke an, revidieren sie und stellen Passierscheine aus. In Wien dauert der Generalstreik an. Die telephonischen Verbindungen zwischen Wien und dem Ausland sind infolgedessen noch immer unterbrochen.

Prag, 16. Juli. (W. T. B.)

Die Direktion der Staatsbahn Prag-Süd teilt mit, daß am 16. auf den österreichischen Eisenbahnen der Streik ausgebrochen ist.

Innsbruck, 16. Juli. (T. U.).

Heute früh wurde hier offiziell bekannt, daß in Wien der Generalstreik proklamiert worden ist. Dieser hat auf Tirol insoweit übergegriffen, daß auch hier heute morgen um fünf Uhr auf Anordnung der Gewerkschaften der Eisenbahnverkehr eingestellt wurde.

München, 16. Juli. (W. T. B.)

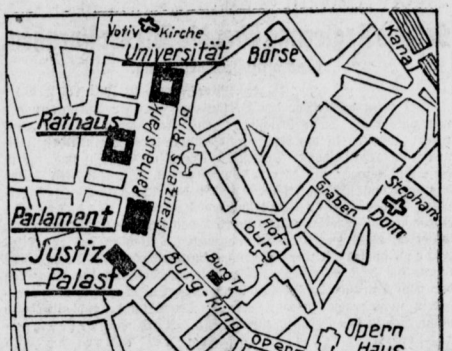
Nach den dem Landesdienst des Süddeutschen Korrespondenzbureaus zugegangenen Informationen scheint sich der Generalstreik in Oesterreich weiter auszubreiten. Die Telephonverbindungen mit Wien, Salzburg und sämtlichen weiteren Orten Oesterreichs mit Ausnahme von Innsbruck sind infolge des Generalstreiks noch immer vollkommen gestört. Wie von der hiesigen Luft-Hansa mitgeteilt wird, konnte nach einem hier eingelaufenen Funkspruch das von Wien nach München bestimmte Flugzeug heute vormittag nicht starten, da es auf dem Flugfelde in Wien angehalten wurde. Infolgedessen wird auch das von München nach Wien bestimmte Mittagsflugzeug heute nicht starten. Die Flugverbindung mit Innsbruck wird aufrechterhalten.

Seipel verweigert den Rücktritt.

An den Berliner zuständigen Stellen liegen nur wenige Nachrichten aus Wien vor, die auf indirektem Wege über Budapest und Preßburg—Prag nach Berlin gelangt sind. Der Generalstreik dauert in vollem Umfang an und legt das öffentliche Leben völlig lahm. So ist auch die Zufahrtslinie zum Flugplatz von Wien in Aspern gesperrt, so daß die beiden Flugzeuge, die heute von Wien nach Prag geflogen sind, ohne Passagiere angekommen sind. Dagegen ist die Autobuslinie Wien—Preßburg bis jetzt im Betrieb.

Trotz der weiteren Ausdehnung des Generalstreiks ist aber heute vormittag eine sichtliche Beruhigung in Wien eingetreten. In der Nacht ist es noch zu Plänkeleien gekommen. Am frühen Vormittag waren die öffentlichen Gebäude von Polizei und Militär besetzt. Heute vormittag hat **eine Konferenz des Bundeskanzlers Seipel mit den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften stattgefunden.** Das Ergebnis ist noch unbekannt. Die Sozialdemokraten haben den Rücktritt des Wiener Polizeipräsidenten Schober und des Bundeskanzlers Seipel gefordert. Der bisherige Bundeskanzler Dr. Seipel nahm heute vormittag Gelegenheit, den Angehörigen des diplomatischen Korps die Versicherung abzugeben, daß ihre persönliche Sicherheit nicht gefährdet ist. Politische Erklärungen bestimmten Charakters konnte der Bundeskanzler bei der offenbar noch sehr wirren Lage nicht erteilen.

Nach in Berlin eingelaufenen indirekten Nachrichten **ist die Regierung Seipel noch nicht zurückgetreten.** Bundeskanzler Seipel hat erklärt, auf die sozialdemokratische Forderung nach seinem Rücktritt im Interesse des Staates und der Staatsautorität nicht eingehen zu können. Doch sind die Verhandlungen im Gange; der Ministerrat tagt in Permanenz. **Das Parlament wird einberufen.** Gehorsamsverweigerungen beim Militär sind nicht vorgekommen. Die Sozialdemokratie drückt entgegen der intransigenten Haltung Seipels dagegen mit aller Macht auf die Bildung einer Koalitionsregierung und



Zum Aufruhr in Wien.

findet dabei ihre Stütze im Generalstreik. Daher melden Nachrichten aus Prag, daß trotz des Widerstandes Seipels weitgehende Veränderungen in der österreichischen Regierung zu erwarten seien. Die Zahl der Toten wird jetzt auf 50 bis 60 beziffert. Aus Budapest werden Nachrichten verbreitet, die mit hoher Skepsis aufgenommen werden müssen. So wird gemeldet, daß der Pöbel Waffen verteile. Die Tendenz solcher Meldungen ist unverkennbar.

Besorgnis vor neuen Unruhen.

Preßburg, 16. Juli, 10 Uhr. (Tschechoslowak. Pressebureau.)

Nach einer Information unseres nach Wien entsandten Sonderberichterstatters herrscht zurzeit **in Wien Ruhe. Mit allgemeiner Besorgnis sieht man den heutigen Nachmittagsstunden und dem morgigen Tag entgegen,** an dem ein Zusammenströmen vieler Arbeiter in Wien erwartet wird. Mitglieder des Schutzbundes aus vielen Städten Oesterreichs werden in Wien konzentriert. Es werden weitreichende Veränderungen im Kabinett erwartet. Die Verbindung zwischen Preßburg und Wien wird durch Automobile aufrechterhalten.

*

Soweit die fast völlige Absperrung Wiens sowie seiner ganzen Umgebung ein Urteil gestattet, ist eine gewisse Beruhigung in Wien eingetreten. Die Sozialdemokratische Partei, über deren Kopf hinweg zunächst die Bewegung entfesselt worden war, hat jetzt offenbar mit allen Kräften den Versuch gemacht, die Bewegung in die Hand zu bekommen. Diesem Ziel diente anscheinend die Proklamierung des Generalstreiks, wobei übrigens ein sicheres Bild von der Ausdehnung des Streiks noch nicht zu gewinnen ist. Insbesondere ist nich klar zu erkennen, ob es sich nur um einen Verkehrsstreik oder um einen das gesamte gewerbliche Leben ergreifenden Streik handelt. Jetzt will offenbar die Sozialdemokratie die Führung an sich reißen, um den im Ursprung der Bewegung erkennbaren kommunistischen Einfluß zu beseitigen. Die Sozialdemokratie will auch selbst die Gelegenheit benutzen, um in die Regierung einzutreten. Anscheinend hat sie verlangt, daß eine bürgerlich-sozialdemokratische Regierung gebildet wird. Damit kann nur eine Koalition zwischen Sozialdemokratie und Christlich-Sozialen gemeint sein. Denn die Unterschiede zwischen Sozialdemokratie und Großdeutscher Freiheitspartei sind zu groß, um die Möglichkeit einer Verständigung zu bieten. Für die weitere Entwicklung der Dinge wird die Haltung der österreichischen Länder zu den Wiener Vorgängen von entscheidender Bedeutung sein. Ob die Gewalttätigkeiten in Wien jetzt ein Ende gefunden haben, worauf die letzten Nachrichten schließen lassen, ist mit Sicherheit nicht zu erkennen. Im Interesse des schwergeprüften österreichischen Volkes wäre es dringend zu wünschen, daß Ruhe und Ordnung bald wieder in Wien einziehen.

(Siehe auch Seite 2.)

Keudells Schulgesetzentwurf.

„Unbeschadet" der Reichsverfassung soll die Reichsverfassung über den Haufen geworfen werden.

Von

Dr. Karl Eugen Müller.

Zum drittenmal wird der Versuch unternommen, die in der Weimarer Verfassung niedergelegte Verheißung zu erfüllen, das gesamte Schulwesen im Deutschen Reich auf dem Wege der Reichsgesetzgebung einheitlich zu regeln. Für die Parteien, die das Werk von Weimar in der Zeit dringender Not gemeinsam errichtet haben, bildete bekanntlich das Schulproblem den gefährlichsten Stein des Anstoßes. Nur auf dem Wege eines Kompromisses, das allen Teilen Opfer auferlegte und keinen befriedigte, war es gelungen, auch in diesem Punkte zu einer Einigung zu kommen. Vergleicht man allerdings den Inhalt dieses Kompromisses mit den Tendenzen, von denen der Reichsschulgesetzentwurf des Ministers Schiele beherrscht war und der neue des Herrn v. Keudell beherrscht ist, so muß man sagen, daß jenes unbefriedigende Kompromiß noch tausendmal besser war als das, was jetzt wieder unter der Aegide einer reinen Rechtskoalition entstehen soll.

Die Verfasser der Begründung, die dem Keudellschen Entwurf beigegeben wurde, sind kühn genug, sich in der Einleitung auf einzelne Artikel der Weimarer Verfassung zu berufen, die durch den Entwurf gesetzgeberisch verwirklicht werden sollen. Freilich sind sie in der Auswahl der Artikel, auf die sie sich beziehen, sehr vorsichtig; sie nennen nur den zweiten Absatz des Artikels 146, der die Berücksichtigung des Willens der Erziehungsberechtigten verlangt, und den Artikel 149, der die Rolle des Regligionsunterrichts in der Volksschule regeln soll. Wohlweislich unterlassen sie es, etwa zu behaupten, daß sie den Artikel 146 in seinem ganzen Umfange verwirklichen wollen. Denn das Gesetz, mit dem sie die Forderung des zweiten Absatzes erfüllen wollen, schlägt dem Kern dessen, was der erste Absatz als Grundlage für die gesamte künftige Regelung des deutschen Schulwesens festlegte, brutal ins Gesicht. Die Weimarer Verfassung bestimmte in diesem Artikel, der den Weg für die künftige Reichsgesetzgebung weisen sollte, die Einheitsschule als die Regel für den ganzen Aufbau des deutschen Schulwesens und legte der Möglichkeit zur Schaffung von Bekenntnisschulen ausdrücklich den Ausnahmecharakter bei. Der Entwurf des Herrn v. Keudell setzt sich über jene eindeutige Bestimmung der Verfassung kurzerhand hinweg und will drei Schulformen als gleichberechtigt nebeneinander gelten lassen, die Gemeinschaftsschule, die Bekenntnisschule und die bekenntnisfreie Schule. Wie eine lächerliche Ausflucht wirkt es, wenn im zweiten Absatz dieses grundlegenden Paragraphen beiläufig die Worte eingefügt sind „unbeschadet des Artikels 146, Absatz 1". Man wirft im Vordersatz die Forderung der Einheitsschule rücksichtslos über den Haufen und fügt im Nachsatz die Beteuerung hinzu, man wolle jene grundlegende Forderung „unbeschadet" lassen! Die Verfasser des Entwurfs sind an dieser Stelle von jeglichem Mannesmut ebenso verlassen gewesen wie von jeglicher Wahrheitsliebe ...

Allein dieser unvereinbare Gegensatz bedingt, um das gleich vorweg zu nehmen, den verfassungsändernden Charakter dieses Gesetzentwurfes. Es liegt völlig klar zutage, daß der Paragraph 2 des Keudellschen Entwurfs eine Aenderung der in Artikel 146, Absatz 1 der Reichsverfassung niedergelegten Grundbestimmung bedeutet. Es wäre wirklich verwunderlich, wenn jemand versuchen wollte, die Notwendigkeit einer Zweidrittelmehrheit des Reichstags für die Annahme dieses Gesetzentwurfs bestreiten zu wollen. Es heißt die Tatsachen auf den Kopf stellen, wenn die amtliche Begründung jenen Nachsatz von dem „unbeschadeten" Absatz 1 so auslegen will, als biete er schon genügende Gewähr dafür, daß Absatz 1 des Artikels 146 „durch den vorliegenden Gesetzentwurf völlig unberührt" bleibe. Das ist nicht mehr als der Versuch eines kläglichen Ausweichens, ebenso wie der ausdrücklich ausgesprochene Verzicht auf eine „authentische Interpretation des Artikels 146 Absatz 1" nur ein Dokument des Unvermögens ist.

Der Keudellsche Entwurf würde, wenn er in dieser Form jemals Gesetzeskraft erlangte, im deutschen Schulwesen genau diejenigen Zustände schaffen, die die Weimarer Verfassung ein für allemal überwinden wollte: In die Erziehung unserer Jugend würde vom ersten Schultage an wieder das Bewußtsein der konfessionellen Spaltung des deutschen Volkes hineingetragen, das uns durch Jahrhunderte hindurch so viel Unheil beschert hat. Es eine grobe Entstellung, wenn die Gegner der Einheitsschule behaupten, die gemeinschaftliche Erziehung der Schüler aller Bekenntnisse bedeute die „Ausrottung der Religion aus der Schule". Außer einer kleinen Schar von Radikalen will niemand die unbezweifelbaren Werte einer religiösen Unterweisung antasten oder aus der Schule tilgen. Eine solche Tendenz hätte in der deutschen Volksvertretung niemals die entfernteste Aussicht sich durchzusetzen. Was die Anhänger der Gemeinschaftsschule erstreben, ist nicht mehr und nicht weniger als das Ideal einer Gemeinschaftserziehung aller künftigen deutschen Staatsbürger, die den gesamten Bildungsstoff in absoluter religiöser und politischer Neutralität vermittelt und die Aufklärung über die kon-